

Côte d'Ivoire in der Sackgasse

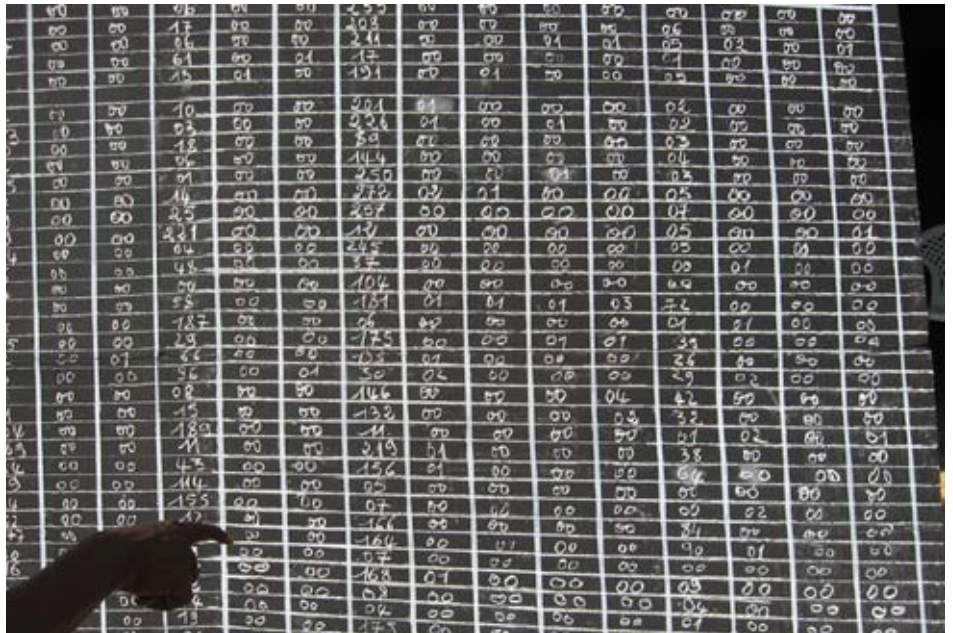
Oder: Wie man einen abgewählten Präsidenten zum Machtverzicht bewegen kann

EDITORIAL

Dank der Kakao- und Erdöllexporte konnte die Côte d'Ivoire in den letzten Jahren einen gewissen wirtschaftlichen Wohlstand erreichen: Mit rund 40 % der weltweiten Produktion ist sie der größte Kakaoproduzent der Welt. Im Jahr 2010 hatte die Côte d'Ivoire rund 21 Mio. Einwohner und ein Bruttosozialprodukt von 37,8 Mio. US Dollar, also etwa 1 800 US Dollar pro Einwohner. Damit steht die Côte d'Ivoire im Entwicklungsindex der UN auf Platz 149 von 182. Doch dieser bescheidene Wohlstand steht jetzt auf dem Spiel.

Die ersten Wahlen Ende des Jahres 2010 sollten nach zehn schwierigen Jahren mit einem Bürgerkrieg und der Teilung des Landes einen Neuanfang markieren. Doch stattdessen manövrierten die Wahlen das Land in eine Sackgasse. Der amtierende Präsident unterlag einem Bündnis zweier Oppositionsparteien und weigert sich abzutreten. Nun steuert das Land auf einen neuen Bürgerkrieg zu, Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen drohen sich zu verschärfen. Die Gewalt eskaliert, über 70 000 Menschen sind seit den Wahlen nach Liberia geflohen und ca. 350 000 interne Flüchtlinge haben aufgrund der andauernden Gewalt ihre Wohnorte verlassen.

Jörg Krempel entwirft mögliche Auswege aus der aktuellen Krise und diskutiert die Mittel, die eine Lösung herbeiführen könnten. In einem Jahr, in dem viele Wahlen in afrikanischen Staaten anstehen, wird viel davon abhängen, ob der rechtmäßig gewählte Präsident der Côte d'Ivoire sein Amt antreten kann und ein Machtwechsel mit friedlichen Mitteln möglich ist. *Karin Hammer*



Alles umsonst? Bekanntgabe der Wahlergebnisse im Département Issia in der Provinz Haut-Sassandra am Tag nach dem ersten Wahlgang. Vor allem die UN und die EU investierten viel Arbeit und Geld in diese Wahlen.

Foto: HSEK/Krempel

Jörg Krempel

Zwei Präsidenten, zwei Premierminister, zwei Regierungen: Das ist im Februar 2011 noch immer der Stand nach der Wahl in der Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste)¹ Ende 2010. Der auf eigene Faust im Amt verbliebene Präsident Laurent Gbagbo steht in einem bisweilen blutigen Machtkampf mit dem von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Präsidenten und Wahlgewinner Alassane Ouattara.

Dabei hatte man sich viel von dieser Wahl erhofft. Nach zehn Jahren ohne Wahlen, einem Bürgerkrieg, der Teilung des Landes und wirtschaftlicher Stagnation sollte die Präsidentschaftswahl im Oktober und November 2010 die Krise beenden. Internationale Akteure, vor allem die Vereinten Nationen (UN) und die Euro-

päische Union (EU), investierten viel Geld und politische Mühen in diese Wahl, die ein Schritt in Richtung Normalität, Stabilität und Prosperität in ganz Westafrika werden sollte. In den 1960er und 1970er Jahren war Côte d'Ivoire ein leuchtendes Beispiel für viele Länder in Westafrika gewesen. Diesen Status hatte das Land jedoch durch den Bürgerkrieg vor wenigen Jahren verloren.

Die Art und Weise, wie der aktuelle Konflikt um die Präsidentschaft gelöst wird – mit Gewalt oder mit friedlichen Mitteln – macht die Côte d'Ivoire wieder zum Vorbild für die Region und für den gesamten Kontinent. Das gilt im Positiven wie im Negativen. Wer auch immer am Ende im Präsidentenamt bestätigt wird: Es wird eine Signalwirkung davon ausgehen. Derzeit sind verschiedene Szenarien denkbar. Erstens könnte Gbagbo Präsident bleiben

und sich gegen alle Widerstände mit seiner Regierung behaupten. Zweitens könnte sich Ouattara mit seiner Regierung durchsetzen. Drittens könnte es zu einer Machtteilung kommen – entweder mit Gbagbo oder Ouattara als Präsidenten.

Dieser Standpunkt plädiert dafür, dass sich der rechtmäßige Sieger der Wahlen, Ouattara, als Präsident durchsetzen soll – jedoch unter Einbeziehung einiger Gbagbo-Minister in einer Regierung der nationalen Einheit, um die Versöhnung der beiden Lager zu ermöglichen. Denn falls Gbagbo sich trotz seiner deutlichen Abwahl an der Macht halten kann, weiß jeder afrikanische Machthaber, dass er nichts zu befürchten hat, hält er nur lange genug am Präsidentenposten fest. Ebenso klar wäre die Botschaft an Oppositionsgruppen: Wahlen eignen sich nicht dafür, einen Machtwechsel herbeizuführen. Das ist nur durch bewaffneten Widerstand möglich. Falls jedoch Ouattara als Sieger hervorgeht, endet die Zeit der faulen Machtteilungs-Kompromisse, mit denen sich abgewählte Präsidenten weiter an der Macht halten, wie zuletzt in Kenia und Simbabwe. Das würde deutlich machen, dass Demokratie in Afrika nicht nur den Mächtigen zur Bestätigung dient, wie zuletzt in Benin, Kamerun und Burundi, oder gar der dynastischen Erbfolge, wie in Gabun oder Togo, sondern einen demokratischen Machtwechsel herbeiführen kann.

Wie jedoch die propagierte Lösung zustande kommen kann, steht auf einem anderen Blatt. Erstens ist eine Militärintervention denkbar. Zweitens könnten internationaler Druck und Sanktionen dazu führen, dass Gbagbo abtritt. Drittens gibt es den Verhandlungsweg. Natürlich schließen sich diese Instrumente nicht aus und können komplementär eingesetzt werden. Eine Militärintervention würde allerdings vermutlich eine Spirale der Gewalt in Gang setzen mit unabsehbaren Folgen. Sie wäre deshalb die am wenigsten wünschenswerte Option. Nur eine Mischung aus Verhandlungen, externem Druck und Sanktionen kann zu einer Lösung der Krise führen und die Chancen auf ein friedliches Zusammenleben in der Côte d'Ivoire erhalten. Der rechtmäßige Sieger der Wahlen Ouattara soll in den Präsidentenpalast einziehen – jedoch nicht um den Preis eines erneuten Bürgerkrieges.

Die Frage der Identität (*Ivoirité*)

Im August 1995 führte Henri Konan Bédié das Konzept der *Ivoirité* ein. Nach diesem Konzept, festgehalten im Staatsbürger- und Wahlrecht, war nur derjenige Ivorer, dessen Vater und Mutter nachweislich die ivoirische Staatsbürgerschaft besaßen. In einem Land, in welches über Jahrzehnte hinweg Millionen von Wanderarbeitern zogen, bedeutete dies, dass mehr als ein Drittel der Bevölkerung von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen wurde. Das Konzept diente Bédié vor allem dazu, Ouattara aus dem Rennen um die Präsidentschaft zu werfen. Ouattaras Familie stammte teilweise aus Obervolta, dem späteren Burkina Faso. Der immer größer werdende Druck auf den Arbeitsmarkt in Folge des wirtschaftlichen Niedergangs führte zur Akzeptanz des Konzepts durch viele Ivorer aus dem Süden des Landes. Die Mehrheit der Ivorer im Norden fühlte sich allerdings als Bürger zweiter Klasse. Im Zuge der Friedensverhandlungen der vergangenen Jahre konnten jedoch die letzten Hindernisse für eine Kandidatur Ouattaras aus dem Weg geräumt werden, so dass dieser 2009 zum Präsidentschaftskandidat des *Rassemblement des Républicains* (RDR) wurde. Auch die Frage der Staatsangehörigkeit und Identität der in der Côte d'Ivoire lebenden Menschen wurde beantwortet, als das endgültige Wählerregister im September 2010 von allen Lagern akzeptiert wurde und viele Ivorer daraufhin zum ersten Mal Personalausweis und Wählerkarte erhielten.

Die Ausgangslage vor den Wahlen

Im Jahr 1990 führte der damalige ivoirische Präsident Félix Houphouët-Boigny, der über 30 Jahre die Geschicke der Côte d'Ivoire leitete und über klientelistische Netzwerke das Wohlgefallen der Eliten erkaufen konnte, ein Mehrparteien-System ein und gewann die ersten Wahlen souverän. Der von ihm designierte Nachfolger Henri Konan Bédié, der ebenso der *Parti Démocratique de la Côte d'Ivoire* (PDCI) angehörte, gewann die Wahlen im Jahr 1995, die von der Opposition boykottiert wurden. Ouattara, noch unter Houphouët-Boigny Premierminister, durfte mit der Begründung mangelnder *Ivoirité* nicht kandidieren (siehe Kasten).

Nach einem unblutigen Putsch im Jahr 1999, bei dem der Generalstabschef Robert Guéi den Präsidenten Bédié als Staatschef ablöste, trat Gbagbo bei den Wahlen im Jahr 2000 gegen den Militärmachthaber an. Ouattara und Bédié waren aus formalen Gründen als Kandidaten ausgeschlossen. Nach einem gescheiterten Manipulationsversuch Guéis erklärte die Wahlkommission Gbagbo zum Sieger. Proteste des *Rassemblement des Républicains* (RDR), dem Lager Ouattaras, folgten.

Ein erneuter Putschversuch eines Teils der Armee im Jahr 2002 endete in einer be-

waffneten Auseinandersetzung und einer Zweiteilung des Landes (siehe Randspalte). Die Entsendung ausländischer Truppen – zunächst französische Streitkräfte, später Truppen der UN – froren die Teilung in Norden und Süden ein, die seitdem fortbesteht. Am 27. Februar 2004 schuf der Sicherheitsrat der UN mit der Resolution 1528 die Mission für die Côte d'Ivoire, ONUCI (*Opération des Nations Unies en Côte d'Ivoire*), welche die beiden Konfliktparteien voneinander trennen sollte.

Ein wichtiger Schritt in Richtung einer Versöhnung erfolgte am 4. März 2007. Das innerivorische Friedensabkommen von Ouagadougou wurde von Gbagbo und dem Rebellenführer Guillaume Soro unterzeichnet. Am 29. März 2007 wurde Soro zum Premierminister unter Präsident Gbagbo ernannt. Das Abkommen von Ouagadougou sah auch Wahlen vor. Jedoch verliefen die Vorbereitungen hierzu schleppend und konnten nur durch die Mediation Dritter, vor allem des Präsidenten von Burkina Faso, Blaise Compaoré, gerettet werden.

Nachdem der Wahltermin in den letzten Jahren immer wieder verschoben worden war, sollte die Wahl des Jahres 2010 das Ende der Krise einläuten. Doch schon zu Beginn der Vorbereitung traten Uneinigkeiten auf. So erhitzten sich die Gemüter an der Frage der Zusammensetzung der Nationalen Wahlkommission. Nach der Auflö-

sung der ersten Wahlkommission und der Regierung konnte jedoch ein Kompromiss gefunden werden. Die neue, wie zuvor die alte, Wahlkommission war in der Mehrheit von Gbagbo-Gegnern besetzt. PDCI und RDR, die Parteien Bédiés und Ouattaras, die inzwischen ein Bündnis eingegangen waren (*Rassemblement des Houphouëtistes pour la Démocratie et la Paix*, RHDP, siehe Randspalte S.5), stellten dort die Mehrheit. Ein weiteres Problem und eine der Konfliktursachen konnten vor den Wahlen gelöst werden: die Frage der Identität und des Wahlrechts.

Trotz dieser positiven Entwicklung deutete sich schon vor den Wahlen ein verbissener Machtkampf an. Wenngleich sich Gbagbo das Versprechen abringen ließ, das Ergebnis der Wahl zu respektieren, so antwortete er in einem Interview auf die Frage nach seinem Verbleib im Präsidentenpalast: „Ich bin hier, ich bleibe hier.“⁴² Die meisten Experten waren sich darin einig, dass Gbagbo nur deswegen den Wahlen zustimmte, da er davon überzeugt war, diese zu gewinnen.

Es sollte jedoch anders kommen. Die von ihm selbst in Auftrag gegebenen Umfragen, die ihn als klaren Sieger sahen, lagen falsch. In der ersten Runde erhielt Gbagbo rund 38 % der Stimmen, Ouattara 32 % und Bédié 25 %. Schon das Ergebnis der ersten Runde wies ein Wahlverhalten entlang ethnischer Linien auf, die sich bei der zweiten Runde bestätigte: Die im Zentrum des Landes ansässigen ethnischen Gruppen stimmten für den Kandidaten Bédié. Die nördlichen Regionen stimmten für Ouattara und die im Süden vertretenen ethnischen Gruppen wählten in ihrer Mehrheit Gbagbo.

Nach der Bekräftigung des Bündnisses zwischen Bédié und Ouattara unter dem Banner die RHDP erhielt Ouattara in der Stichwahl 54,1 % der Stimmen. So zumindest lautete das von der Nationalen Wahlkommission bekannt gegebene Ergebnis. Da diese das Ergebnis jedoch nicht innerhalb der konstitutionell vorgesehenen Drei-Tages-Frist veröffentlichte – ihre Mitglieder wurden von Gbagbo-Anhängern daran gehindert – stellte der Verfassungsgerichtshof fest, dass Gbagbo die Wahl gewonnen habe. Dem war die Annullierung der Wahlergebnisse durch den Verfassungsgerichtshof in sieben nördlichen Distrikten vorangegangen, in denen Ouattara gewonnen hatte. Die Verfassung sieht jedoch für den Fall von

Unregelmäßigkeiten nur die Annullierung der gesamten Wahlen vor und nicht die Annullierung von Teilen des Ergebnisses. Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der UN in Côte d'Ivoire Young-Jin Choi, bestätigte das von der Nationalen Wahlkommission verkündete Ergebnis und trat somit dem Spruch des Verfassungsgerichtshofes entgegen. Dies war deshalb legitim, da nach dem Abkommen von Pretoria aus dem Jahr 2005 der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1765 (2007) den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs mit der Aufgabe mandatiert hatte, das Ergebnis der Wahlen in der Côte d'Ivoire zu zertifizieren. Die UN, EU, USA, Frankreich und Großbritannien erkannten Ouattara als Sieger an. Nachdem sich daraufhin beide Kandidaten selbst zum Präsidenten ernannt hatten, setzten beide ihre Regierungen ein: Ouattara benannte Guillaume Soro, den Rebellenführer aus dem Norden und Premierminister seit 2007, erneut als Premierminister, Gbagbo beförderte indes Aké N'Gbo zum Premierminister. Während die Regierung Aké N'Gbo die Amtsgeschäfte im offiziellen Regierungssitz übernommen hat, waltet die Regierung Soro vom Hotel du Golfe aus, einem von der Außenwelt vom Gbagbotreuen Militär abgeschnittenen Luxushotel in Abidjan.

Seitdem befindet sich die Côte d'Ivoire in einer politischen Blockade. Trotz der Geschlossenheit der internationalen Akteure – die UN verlässt trotz Aufforderung Gbagbos das Land nicht, EU und USA verhängten Sanktionen, die Weltbank fror ihre Zahlungen ein, der Internationale Strafgerichtshof droht mit Strafverfolgung, Afrikanische Union (AU) und die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) erhöhen den außenpolitischen Druck – ist Gbagbo nicht zum Machtverzicht zu bewegen. Diverse Mediationsversuche sind bislang gescheitert. Zweimal reisten die drei von ECOWAS mandatierten westafrikanischen Präsidenten Boni Yayi (Bénin), Ernest Koroma (Sierra Leone) und Pedro Pires (Kap Verde) erfolglos in die Côte d'Ivoire, um Gbagbo dazu zu bewegen, das Präsidentenamt aufzugeben. Die wiederholten Mediationsversuche der AU, zunächst war der ehemalige südafrikanische Präsident Thabo Mbeki, dann zweimal der kenianische Premierminister Raila Odinga geschickt worden, scheiterten ebenfalls.

Der Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire

Am 19. September 2002 rebellierten Teile der ivoirischen Armee. Obwohl der Putschversuch in Abidjan misslang, konnten die Rebellen der *Mouvement patriotique de Côte d'Ivoire/Forces Nouvelles* (MPCI/FNCI) die Kontrolle über Positionen im Norden (Korhogo) und Zentrum (Bouaké) des Landes erlangen. Die Rebellen waren vor allem jene Soldaten, die unter Guéi aus der Armee entlassen worden waren. Auf Grund ihrer anfänglichen Erfolge wurde die Rebellion schnell von der Bevölkerung im Norden des Landes (vor allem Malinké, Senoufo, Dioula, Loba, Koulango sowie die zugezogenen Einwanderer) unterstützt. Ihre zentralen Forderungen waren der Rücktritt Gbagbos, die Anerkennung der ivoirischen Staatsbürgerschaft für alle im Land lebenden Bevölkerungsgruppen sowie ihrer politischen Repräsentanz in Abidjan.

Im November 2002 fielen von Liberia aus zwei neue Rebellengruppen (*Mouvement populaire ivoirien du Grand Ouest*, MPIGO und *Mouvement pour la justice et la paix*, MJP), in den Westen des Landes ein. Sie schlossen sich 2004 den Forces Nouvelles an. Während der Kämpfe zwischen den Rebellengruppen und der Zentralregierung kam es zu gezielten Tötungen sowie Vertreibungen auf beiden Seiten. Bis zu einer Million Ivorer aus dem Norden wurden in den Süden verjagt. Im Süden des Landes wurden tausende Oppositionelle hingerrichtet. Am 4. April 2004 wurde die UN-Friedensmission ONUCI entsandt, um die „Vertrauenszone“ zwischen Rebellen- und Regierungsgebieten zu überwachen. Im März 2007 unterzeichneten Rebellen und Regierung Abkommen von Ouagadougou. Am 30. Juli 2007 erklärte Gbagbo den Bürgerkrieg für beendet.

Eine der Konfliktursachen war die Frage der Identität und der Staatsangehörigkeit. Damit verbunden war die Frage des Zugangs zu Land und zu anderen Ressourcen. Der wirtschaftliche Niedergang in den 1980er und 1990er Jahren hatte diesen Konflikt verschärft.

Währenddessen droht die Situation zu eskalieren. Bewaffnete Auseinandersetzungen und Spannungen zwischen jenen ethnischen Gruppen, die Gbagbo unterstützen und solchen, die Ouattara sowie der RHDP nahe stehen, vor allem im Zentrum/Westen des Landes und in Abidjan, nehmen zu. Der bei den UN in New York akkreditierte und von Ouattara ernannte ivorische Botschafter wies auf Anzeichen dafür hin, dass ethnischen Säuberungen vorbereitet werden. Er forderte die UN auf, einen „Völkermord“ zu verhindern. Auch wenn diese Berichte nur schwerlich zu verifizieren sind, vor allem da Gbagbo-Anhänger UN-Untersuchungen immer wieder erschweren, so müssen diese ernst genommen werden. Nach Schätzungen der UN haben bereits 365 Menschen in den Wochen nach den Wahlen ihr Leben verloren. Laut UNHCR befinden sich Ende Februar 2011 auf Grund der aktuellen Krise und gewalttätigen Auseinandersetzungen bereits mehr als 70 000 ivorische Flüchtlinge in Liberia, ca. 350 000 interne Flüchtlinge haben ihre Heimat verlassen.

Verschiedene Auswege aus der aktuellen Krise sind denkbar – jedoch ist nur einer davon wünschenswert. Im Folgenden werden die möglichen Szenarien dargelegt und die jeweiligen Implikationen untersucht.

Szenario 1: Gbagbo bleibt im Präsidentenamt

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Gbagbo sich mit Hartnäckigkeit als Präsident behaupten kann, ohne Vertreter des Bündnisses von Ouattara und Bédié (RHDP) an der Macht zu beteiligen.

Gbagbo setzt darauf, dass die Geschlossenheit des Bündnisses RHDP und der externen Akteure nachlässt. Erste Teilerfolge konnte er schon verbuchen. Nicht nur lehnen einige ECOWAS-Mitgliedsstaaten wie Gambia, Kap Verde und Ghana eine Militärintervention ab. Auch scheinen sich die beiden einflussreichsten Staaten im Süden Afrikas – Angola und Südafrika – immer stärker gegen eine militärische Lösung zu wenden. Trotzdem ist ein Verbleib Gbagbos im Präsidentenamt ohne Beteiligung des gegnerischen Lagers als Ausgang unwahrscheinlich und auch nicht wünschenswert.

Gbagbo würde, falls er Präsident bliebe, wohl versuchen, auch gegnerische Kräfte in

die zukünftige Regierung durch ein Machtteilungsabkommen einzubeziehen. Ein Konfrontationskurs ohne Machtteilung wäre politisch unklug, würde er doch mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Eskalation der schwelenden Konflikte im Land führen und seine Regierungszeit mit einem erneuten Bürgerkrieg zwischen dem Lager Gbagbos und dem Outarras beginnen lassen. Zumindest wäre eine Überwindung der Teilung des Landes dann undenkbar.

Gbagbo im Präsidentenamt zu belassen würde auch bedeuten, das Ergebnis der Wahlen zu ignorieren. Die Mehrheit der Ivorer hat sich für Ouattara entschieden. Der Verbleib Gbagbos im Amt würde dem Hohn sprechen.

Szenario 2: Ouattara setzt sich durch

Es ist ebenso denkbar, dass sich Ouattara durchsetzt. Dieser Sieg müsste aber eventuell mit großen Kriegs- sowie wirtschaftlichen Opfern errungen werden. Je größer Ouattaras Opfer, umso stärker wäre der Druck auf ihn, nur die eigenen Anhänger in den staatlichen Institutionen zu platzieren. In einem solchen Szenario würde die jetzige Regierung Ouattaras mit dem Premierminister Soro die Amtsgeschäfte weiterführen. Es läge damit in den ivorischen Institutionen eine starke Präsenz einerseits der Politiker des Nordens (RDR) und andererseits der PDCI vor. Die sehr große Anzahl der Gbagbo-Anhänger und FPI-Politiker wäre dagegen in den Institutionen nicht präsent, obwohl die FPI die stärkste Partei ist. Die Menschen im Süden der Côte d'Ivoire würden sich ausgeschlossen fühlen und hätten nun ihrerseits Vorbehalte gegen eine Vereinigung der beiden Landesteile. Schon jetzt sind die Ressentiments der Ivorer im Süden gegenüber dem RDR groß. In ihren Augen sind die „Nordisten“ für den Bürgerkrieg verantwortlich. Die Leitung des Staates unter der Führung des RDR wäre für sie nur schwer annehmbar. Eine politische Lösung der Krise, die die Hälfte der Bevölkerung aus den politischen Institutionen ausschließt, wird weder mittel- noch langfristig eine stabile Ordnung hervorbringen. Nur wenn alle politischen Akteure beteiligt sind, können auch die grundlegenden Konfliktursachen bearbeitet und eine neue politische Ordnung auf den Weg gebracht werden.

Szenario 3: Machtteilungsabkommen und Regierung der „nationalen Einheit“

Eine weitere mögliche Lösung ist ein Machtteilungsabkommen, das eine Regierung der nationalen Einheit schafft. Dies wurde bereits in anderen afrikanischen Staaten umgesetzt. Kenia und Simbabwe sind hier die jüngsten Beispiele, aber auch die Côte d'Ivoire selbst in den vergangenen Jahren mit dem Rebellenführer Soro als Premierminister unter Gbagbo. Die meisten dieser Abkommen sind so gestaltet, dass der Präsident seinen Posten behält und der Herausforderer – und oft der Wahlgewinner – den Posten des Premierministers erhält. Eine solche Lösung schwebt dem Lager Gbagbos vor. Sie würde die Situation wiederherstellen, die es schon im Jahr 2007 gegeben hat. Gbagbo behielte das Präsidentenamt für weitere fünf Jahre. Ouattara schließt eine solche Lösung jedoch kategorisch aus. Denn erstens fühlt er sich als legitimer Sieger und wird von der internationalen Gemeinschaft als solcher anerkannt. Zweitens setzt schon allein das Alter Ouattaras solchen Planspielen Grenzen – denn wer weiß, ob dieser noch in fünf Jahren im Alter von dann 73 Jahren antreten kann und will. Schließlich hätte ein solches Abkommen Signalwirkung für den gesamten Kontinent. Die Nachricht hieße: „Wenn man als Präsident und Wahlverlierer mit aller Gewalt das Wahlergebnis ignoriert und an seinem Posten festhält, kann man immer auf ein Machtteilungsabkommen setzen.“ Ein solches Abkommen hätte fatale Signalwirkung für all die afrikanischen Wahlen, die im Jahr 2011 anstehen (Uganda, Benin, Nigeria, Kamerun etc.).

Jedoch darf bei all der Kritik an einer Machtteilung nicht vergessen werden, dass die Lösung der aktuellen Krise und die weitere Vereinigung des Landes nur mit und nicht gegen die Anhänger Gbagbos umgesetzt werden können. Die Interessen aller Ivorer müssten in einer gerechten Nachkriegsordnung berücksichtigt werden. Auch, wenn ein solches Abkommen nicht die grundlegenden Konfliktursachen beseitigt und keine neue politische Ordnung beinhalten würde, wäre es ein Ausweg aus der aktuellen Krise und ein erster Schritt, der spätere Verhandlungen über eine neue Ordnung ermöglichen kann. Natürlich würde



Protestkundgebungen von Ouattara-Anhängern in Abidjan.

Foto: picture alliance

ein solches Abkommen zwischen den großen politischen Lagern geschlossen werden und somit kleinere Oppositionsparteien ausschließen.³ Diese hätten jedoch die Möglichkeit, bei den anstehenden Parlamentswahlen und bei zukünftigen Auseinandersetzungen über die politische Ordnung in der Côte d'Ivoire wieder inkludiert zu werden. Ouattara lässt deshalb erkennen, dass er an einer politischen Integration des gegnerischen Lagers interessiert sei. Dies könnte mit einer Berufung von Gbagbo-Anhängern in eine gemeinsame Regierung der nationalen Versöhnung erfolgen. Gbagbo würde dafür zwar nicht im Amt bleiben. Er könnte bei einem solchen Abkommen aber sein Gesicht wahren, da er zumindest eine Regierungsbeteiligung seiner Partei erreicht hätte.

Die hier propagierte Lösung ist folgende: Ouattara soll als legitimer Wahlsieger das Präsidentenamt übernehmen – jedoch mit der Integration von Gbagbo-Anhängern in einer Regierung der nationalen Einheit.

Eine Wunschlösung zu propagieren ist eine Sache, den Weg dorthin zu beschreiten eine andere. Verschiedene Optionen und Instrumente werden derzeit diskutiert oder vorbereitet. Diese Instrumente werden erst durch ihre Kombination besonders wirksam. Einige Mittel bergen jedoch das Potential in sich, mittelfristig neue Probleme zu schaffen, oder gar eine Beseitigung der Konfliktursachen auf Dauer zu erschweren.

Die Militärintervention

Schnell schlugen internationale Akteure die militärische Option vor. Dabei tat sich zunächst der kenianische Premierminister Raila Odinga als Wortführer hervor, der

sich als Opfer eines Machtteilungskompromisses im eigenen Land sieht. Zwei Szenarien sind denkbar.

Die Idee eines schnellen militärischen Schlages gegen die Spitze der Gbagbo-Regierung wurde in den letzten Wochen von der ECOWAS erwogen. Auch Ouattara vertritt die Auffassung, dass man nur Gbagbo und seine engsten Anhänger in Abidjan festsetzen müsse, um einen Machtwechsel durchzusetzen. In der Vorstellung der Verfechter dieser Option bestünde der Vorteil darin, das Gbagbo-Regime zum Einstürzen zu bringen, ohne dass ein Bürgerkrieg ausbreche. Einem solchen Vorgehen stehen jedoch operative und logistische Hindernisse im Wege. Schnelle Eingreiftruppen sowie Luftlandkapazitäten wären hier vonnöten. Die ECOWAS-Staaten verfügen jedoch nicht über diese Mittel. Auch wenn die USA oder Frankreich logistische und materielle Unterstützung bieten könnten, wäre ein solches Unterfangen schwer durchzuführen. Der Vorschlag der ECOWAS, einen gezielten Militärschlag durchzuführen, war wohl eher ein Säbelrasseln, welches Gbagbo zum Einlenken bringen sollte.

Das andere Szenario setzt auf eine massive Militärintervention. Fraglich ist, welche Staaten die dafür notwendigen Truppen bereitstellen könnten. Frankreich, welches mit der Operation „Licorne“ derzeit circa 950 Soldaten im Land hat, ist nicht zu mehr bereit, als den Schutz der eigenen Staatsbürger zu gewährleisten. Ein darüber hinausgehender Einsatz würde auch in Anbetracht der weitverbreiteten anti-französischen Ressentiments und der Sonderbeziehung Frankreichs zur Côte d'Ivoire (siehe Kasten, S. 6) eher zu einem Einsturz der Koalition Ouattaras führen.

Die politischen Parteien

FPI: Die *Front populaire ivoirien* (Ivorische Volksfront) wurde von Laurent Gbagbo und seiner Frau Simone Gbagbo im Jahr 1982 im Untergrund gegründet. Offiziell wurde die FPI als Partei 1990 anerkannt. Die FPI propagiert den demokratischen Sozialismus und gehört der Sozialistischen Internationale an.

RDR: Die *Rassemblement des républicains de Côte d'Ivoire* (Vereinigung der Republikaner der Côte d'Ivoire) ging als wirtschaftsliberale Partei der Mitte aus einer Abspaltung der PDCI (s.u.) im September 1994 hervor. Ouattara ist seit 1999 ihr Vorsitzender.

PDCI: Die *Parti démocratique de Côte d'Ivoire* (Demokratische Partei der Côte d'Ivoire) ist die Partei des Staatsgründers Houphouët-Boigny, der die Partei von 1960 bis 1990 führte. Nach seinem Tod übernahm Henri Konan Bédié den Vorsitz. Die Partei ist im Zentrum des Parteienspektrums angesiedelt und liberal. Sie zeichnet sich durch ihre engen Beziehungen zu Frankreich aus. Die PDCI schloss mit der RDR ein Bündnis (RHDP).

RHDP: Die *Rassemblement des Houphoutistes pour la Démocratie et la Paix* (Vereinigung der Houphoutisten für Demokratie und Frieden) stellt sich in die Tradition des Staatsgründers Houphouët-Boigny. Gute Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft und Wirtschaftsliberalismus zeichnen das Bündnis aus.

Einige Experten befürworten ein offensives Eingreifen der ONUCI. Allerdings: Es gibt zwar rund 10 000 Blauhelmsoldaten, jedoch besitzen die Kontingente nicht die Fähigkeiten eine militärische Lösung herbeizuführen, da es ihnen an Artillerie, Luftunterstützung und Kampfpanzern mangelt. Seitens westlicher Staaten hat bislang nur Großbritannien den Einsatz eigener Truppen nicht ausgeschlossen. Die überwiegende Meinung westlicher Akteure ist jedoch der Meinung, dass die Entscheidungskompetenz in dieser Sache afrikanischen Institutionen, also AU und ECOWAS, obliege und diese auch die nötigen Truppen stellen sollten. Vor diesem Hintergrund hat ECOWAS in den vergangenen Wochen intensiv die militärische Option diskutiert. Nach dem jetzigen Stand wären neun der 15 ECOWAS-Staaten bereit, 3 500 bis 4 000 Soldaten zu entsenden. Der nigerianische Generalstab würde die operative Führung übernehmen, die USA und die EU die finanzielle, logistische und materielle Hilfe. Die Rebellen des Nordens, die *Forces Nouvelles*, haben sich bereit erklärt, mit diesen externen Streitkräften zu kämpfen und an vorderster Front zu stehen.

Solche militärischen Planspiele müssen aber auch den Gegner bedenken. Die Gbagbo-treuen Streitkräfte verfügen über 60 000

Soldaten der *Forces de Défense et de Sécurité* (FDS) – von denen 4 000 als besonders loyal gelten – und werden von Angola unterstützt.⁴ Zudem hat Gbagbo Söldner aus Liberia und Angola in seinen Diensten. Dieses Kräfteverhältnis würde keineswegs die intervenierenden Akteure begünstigen. Die Interventionspläne der ECOWAS setzen deshalb vielmehr darauf, dass sich einzelne Truppenkontingente der FDS schnell ergeben werden. Diese Reaktion ist in der Tat denkbar. Schon bei der Wahl zeigte sich, dass viele Gemeinden mit hohem FDS-Anteil für Ouattara wählten. Sollten jedoch die Truppen sich nicht ergeben, befände sich das Land schnell wieder in einem bewaffneten Konflikt großen Ausmaßes mit ungewissem Ausgang.

Eine militärische Intervention würde ethnische Spannungen weiter schüren, deren Folgen schwer einzudämmen wären. In den vergangenen Wochen wurden in einigen Stadtteilen Abidjans bereits Häuser von Angehörigen jener Ethnien markiert, die nicht für Gbagbo gestimmt hatten. Ebenso gibt es Berichte, dass den ethnischen Minderheiten im Zentrum und Westen des Landes gedroht wurde, im Falle eines Sieges von Ouattara das Land verlassen zu müssen. Verschiedene Gruppen scheinen

sich dort auf bewaffnete Auseinandersetzungen vorzubereiten. Auch Gbagbo hat bereits verlauten lassen, dass im Falle einer Intervention und eines Bürgerkriegs Millionen von *Maliens* und *Burkinabés* das Land verlassen müssten – eine unverhohlene Drohung, Millionen Menschen aus dem Land zu vertreiben.⁵

Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen erscheint es, als würde eine breite militärische Intervention nur allzu leicht in einem Wiederaufflammen des Bürgerkriegs münden. Die Hoffnung auf Versöhnung und ein friedliches Zusammenleben wäre dann auf Jahre zerstört.

Sanktionen

Die bisher verhängten Sanktionen der EU und USA gegen das Gbagbo-Regime scheinen seinen Machterhalt noch nicht zu gefährden, auch wenn einige der inzwischen über 90 mit Einreiseverboten und Kontosperrungen sanktionierten Personen nun überdenken, ob sie auf den richtigen Kandidaten gesetzt haben. Solche personenspezifischen Sanktionen könnten mit Einreiseverboten in andere afrikanische Staaten ausgeweitet werden. Um jedoch mit Sanktionen zum Ziel zu kommen, muss durch diese der Schwachpunkt Gbagbos getroffen werden.

Gbagbos Machterhalt hängt von seinen Kapazitäten ab, Verwaltung und Armee zu bezahlen. Sie kosten Gbagbo jeden Monat rund 73 Mio. Euro.⁶ Die hierfür notwendigen Ressourcen verschafft sich Gbagbo einerseits durch Steuer- und Zolleinnahmen und andererseits durch Geldanleihen auf dem internationalen Kreditmarkt. Die Steuer- und Zolleinnahmen der Côte d'Ivoire hängen zu rund 25 % vom Kakao- und Öllexport ab.⁷ Die Steuereinnahmen aus dem Kakao- und Ölgeschäft beliefen sich laut Weltwährungsfond im Jahr 2009 auf rund 495,5 Mio. bzw. 167,7 Mio. Euro. Diese Ressourcen werden vor allem im Zentrum und im Süden des Landes erwirtschaftet und von dort exportiert – das Öl von Abidjan und der Kakao vor allem aus San Pedro. Bis zu den von der EU Mitte Januar verhängten Sanktionen gegen die beiden Häfen war der Export dieser Produkte nur minimal reduziert. Aber seit einigen Wochen können europäische Schiffe diese Häfen nicht mehr ansteuern. Auch die ivoirischen Banken, die

Frankreich und die Côte d'Ivoire

Zu keinem anderen Land Afrikas hatte Frankreich bis zum Jahr 2000 so gute Beziehungen wie zur Côte d'Ivoire. So waren nach der Unabhängigkeit des Landes am 7. August 1960 die Beziehungen auf wirtschaftlicher, politischer und militärischer Ebene sehr eng. Nach den Verteidigungsabkommen vom 24. April 1961 installierte Frankreich Militärbasen in der Côte d'Ivoire. Tausende Franzosen waren bis in die höchsten Spitzen der Wirtschaft und des Staates integriert, bis zu 50.000 Franzosen lebten im Land. Dies sollte sich mit dem wirtschaftlichen Niedergang in den 1990er Jahren ändern. Gbagbo, der den französischen Sozialisten nahe steht, hatte von Beginn an ein schlechtes Verhältnis zu Jaques Chirac, seinem französischen Counter-

part. Den Tiefpunkt erreichten die Beziehungen im November 2004: Bei Bombardierungen von Positionen der Rebellen in Bouaké wurden auch französische Soldaten und ein amerikanischer Zivillist getötet. Frankreich zerstörte daraufhin die gesamte ivoirische Luftwaffe. Dies war der Auslöser für eine regelrechte Jagd auf Franzosen im Land. Die in einem Hotel in Abidjan verschanzten französischen Soldaten eröffnen das Feuer auf eine Ansammlung von demonstrierenden Zivilisten und töten dabei mehr als 60 von ihnen. Seit dem Vorfall haben sich die Beziehungen zwar langsam wieder verbessert, doch sie bleiben im Grundton angespannt. Gbagbo benutzt Frankreich immer wieder als Sündenbock für die jetzige Krise.

den Export dieser Produkte durch Kreditvergabe ermöglichten, sind inzwischen mit Sanktionen belegt. Damit diese Sanktionen wirksam bleiben, sollten diese auch von den UN beschlossen werden. Dies ist jedoch ein schwieriges Unterfangen im Anbetracht des Zögerns Russlands und Chinas. Ouattara selbst hat inzwischen den Export von Kakao vorübergehend untersagt – ein Verbot, welches sich mit externen Sanktionen gut ergänzen ließe.

Ebenso bedeutsam war der von den westafrikanischen Staatsechefs erzwungene Rücktritt des ivoirischen, Gbagbo-treuen Gouverneurs der Westafrikanischen Zentralbank (*Banque centrale des États de l'Afrique de l'Ouest*, BCEAO), Philippe-Henry Dacoury-Tabley, der im Januar rund 91,5 Mio. Euro an das Regime Gbagbos überwies.⁸ Seitdem sind die Konten der Côte d'Ivoire bei der BCEAO eingefroren – der Staatsschatz von ca. 400 Mio. Euro ist so Gbagbos Zugriff weitestgehend entzogen.⁹ Gbagbo ließ daraufhin Banken der BCEAO in der Côte d'Ivoire besetzen, um das darin befindliche Bargeld zu sichern. Doch das war nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da sich allenfalls ein Bruchteil des Staatsschatzes als Bargeld in den Banken befand. Der finanzielle Druck auf Gbagbo wächst somit erheblich.

Neben dem Austrocknen der Steuer- und Zolleinnahmen muss Gbagbo der Zugang zum internationalen Kreditmarkt versperrt werden. Derzeit nimmt Gbagbo Geld an diesem auf, indem er extrem hohe Zinsen von bis zu 14,7 % verspricht.¹⁰ Internationale Geldgeber sind trotz der aktuellen Krise bereit, weiterhin Geld an den abgewählten Präsidenten zu verleihen. Sie wissen, dass auch ein Präsident Ouattara die von Gbagbo eingegangenen Verpflichtungen übernehmen müsste. Erklärungen der internationalen Akteure, diese Kredite als ungültig anzusehen, würde nicht nur Kreditgeber davon abhalten, weiterhin Geld zu verleihen, sondern auch das ivoirische Volk vor hohen Schuldenrückzahlungen in der Zukunft schützen.

Zu bedenken sind allerdings die möglichen negativen Folgen. Dass Sanktionen nicht immer die gewünschte Wirkung zeitigen und die Zivilbevölkerung treffen, haben andere Beispiele – Irak, Iran und Myanmar – gezeigt. Negative Folgen der Sanktionen sind in der Côte d'Ivoire aber

bislang nicht zu beobachten. Gbagbo hat noch keine Möglichkeit gefunden, das bestehende Sanktionsregime zu umgehen. Zudem sind unmittelbar die Gbagbo-nahstehende Eliten, einige Banken und Unternehmen betroffen. Die Landbevölkerung konnte inzwischen den größten Teil der Kakaoernte an Händler verkaufen und ist nicht direkt betroffen. Natürlich hat der allgemeine wirtschaftliche Niedergang der letzten Wochen negative Konsequenzen für die Zivilbevölkerung. Jedoch sind hierfür vor allem die Unsicherheit und der Machtkampf verantwortlich. Jedes Mittel, das ein schnelles Ende der jetzigen Situation hervorrufen kann, ist daher auch im ökonomischen Interesse der Zivilgesellschaft wünschenswert. Sanktionen können genau dieses Ende beschleunigen. Wenn die hier vorgeschlagenen und teilweise schon umgesetzten Sanktionen Wirkung tragen, werde Gbagbo sich nicht länger als drei bis vier Monate an der Macht halten können, so ein westafrikanischer Außenminister.¹¹ Erste Anzeichen für eine finanzielle Schwäche des Gbagbo-Lagers gibt es schon: Die Côte d'Ivoire konnte die Ende Januar fälligen Zinszahlungen auf ein 1,8 Milliarden Euro großes Darlehen nicht mehr leisten.¹² Zudem gab es erste Verzögerungen bei Zahlungen an Angestellte im Staatsdienst.

Verhandlungen, Mediation

Verhandlungen sind in der Gestalt direkter Gespräche zwischen beiden Lagern und mit der Mediation durch Dritte denkbar.

Direkte Verhandlungen zwischen den beiden Lagern hat es bisher nicht gegeben. Gbagbo zeigt sich diesen gegenüber offen, Ouattara zögert noch. Gbagbo weiß, dass sich der Ruf nach Verhandlungen gut dafür eignet, die Geschlossenheit der internationalen Akteure aufzubrechen. Mit der Zeit wird es für diese schwieriger, gemeinsame Positionen aufrechtzuerhalten. Innerhalb der ECOWAS und der AU konnte Gbagbo mit dieser Strategie bereits erste Erfolge erzielen. Kap Verde, Gambia und Ghana sind innerhalb der ECOWAS strikt gegen eine Militärintervention. Ebenso wird diese von Uganda, Angola, Simbabwe und Südafrika abgelehnt.

Verhandlungen mit externen Akteuren und Mediationsversuche erfolgten schon

Anmerkungen

- 1 Die Elfenbeinküste wird im offiziellen Sprachgebrauch nur noch als Côte d'Ivoire bezeichnet.
- 2 Jeune Afrique, No. 2597, 17-23. Oktober 2010.
- 3 So die Kritik an Machtteilungsabkommen von Mehler, Andreas, „Côte d'Ivoire: Kein Ausweg durch Machtteilung“, in: GIGA Focus Afrika, No.10, 2010.
- 4 Jeune Afrique, No.2609, 9-15. Januar 2011, S. 25.
- 5 www.lepoint.fr/monde/cote-d-ivoire-gbagbo-met-en-garde-contre-une-intervention-exterieure-26-12-2010-1279356_24.php (24.1.2011).
- 6 www.lexpress.fr/actualites/2/monde/ouattara-et-gbagbo-s-affrontent-sur-la-bceao_956174.html (24.1.2011).
- 7 Kireyev, Alexei, „Export Tax and Pricing Power: Two Hypotheses on the Cocoa Market in Côte d'Ivoire“, in: IMF Working Paper, African Department, November 2010, S.4.
- 8 www.lesechos.fr/economie-politique/monde/actu/afp_00317171.htm (24.1.2011).
- 9 www.jeuneafrique.com/Article/ARTJAWEB20110127160306/laurent-gbagbo-salaire-uemoa-lassane-dramane-ouattaraaccule-financierement-le-camp-gbagbo-prend-le-controle-des-coffres-ivoiriens-de-la-bceao.html (24.1.2011).
- 10 Moss, Tedd, How the international Bond Market Might Influence Côte d'Ivoire, Center for Global Development, <http://blogs.cgdev.org/global-development/2010/12/how-the-international-bond-market-might-influence-cote-d%E2%80%99ivoire.php> (24.1.2011).
- 11 Jeune Afrique, No.2609, 9-15. Januar 2011, S. 24.
- 12 Meldung der Agence France Presse vom 2. Februar 2011.

unmittelbar zu Beginn der Krise. Vor allem ECOWAS und AU hatten mehrmals versucht, Gbagbo über den Verhandlungsweg zum Machtverzicht zu bringen. Als Anreiz wurden ihm Straffreiheit und eine Führungsposition in einer internationalen Organisation angeboten. Die Obama-Regierung bot Gbagbo im Falle seiner Abdankung zusätzlich einen Staatsbesuch in Washington an. Da alle diese Versuche fruchtlos bleiben, favorisiert vor allem ECOWAS nun die Militärintervention. Die AU plädiert immer noch für Verhandlungen und setzte Anfang Februar 2011 ein fünfköpfiges Panel von Staatsoberhäuptern ein, welches mit den verfeindeten Lagern verhandeln und sodann eine verbindliche Lösung unterbreiten soll.

Fraglich ist aber, ob Verhandlungen allein zu dem gewünschten Ergebnis der Machtteilung kommen werden. Es scheint unwahrscheinlich, dass Gbagbo sich nur durch Argumente überzeugen lässt. Auch haben die gesetzten Anreize noch keine Wirkung gezeigt. Verhandlungen können daher nur dann erfolgreich sein, wenn sie auch durch politischen Druck, Sanktionen und durch die Drohung einer Militärintervention, begleitet werden. Wenn die Kombination dieser Mittel zum Erfolg führen sollte, wird auch Ouattara an der politischen Integration einiger Gbagbo-Anhänger interessiert, um Stabilität und Versöhnung zu ermöglichen. Verhandlungen bieten also ein Forum, welches in der aktuellen Krise deeskalierend wirkt. Gespräche sind gerade dann notwendig, wenn das Gbagbo-Regime ins Wanken geraten sollte. Es ist wichtig, mit

diesem einen Übergang zu vereinbaren, der das Land nicht in Gewalt und Chaos versinken lässt. Weitere Verhandlungen bilden so den Rahmen, in welchem die Amtsgeschäfte übergeben werden können und ein Neuanfang mit einigen der alten Eliten gestaltet werden kann.

Fazit

In einem Jahr, in dem viele Wahlen in Afrika anstehen, wird der Ausgang Signalwirkung für den ganzen Kontinent haben. Schon allein deshalb müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden.

Ouattara sollte das Präsidentenamt übernehmen, gestützt auf eine Regierung der nationalen Einheit unter Einbeziehung von einigen Anhängern aus dem Lager Gbagbos. Jedoch müssen Wege gefunden werden, die Versöhnung und die Vereinigung

des Landes noch möglich machen. Gezielter Druck sowie Sanktionen, begleitet von Verhandlungen, könnten Gbagbo ins Wanken bringen. Ein militärisches Eingreifen in der jetzigen Situation wäre verheerend und würde die Situation nicht nur verschlimmern, sondern die Lösung der Konfliktsachen und die Versöhnung zwischen den Konfliktparteien auf Jahre hinaus unmöglich machen.



Jörg Krempel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HSFK. Er beschäftigt sich unter anderem mit Wahlen in Afrika.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 45 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie zu „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Information, Beratung und Vermittlung“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“, der Arbeitsbereich Friedenspädagogik sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der HSFK-Standpunkte ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332